

# Bremer Rundschau

Rechtspopulismus und NATO - eine  
tödliche Gefahr für die Menschheit!



Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei für Bremen  
47. Jahrgang Nr. 3 Oktober 2024

## Streichkonzert 2024

Wie sicher sind eigentlich die deutschen Brücken? Das denken sich nach dem Einsturz eines Teils der Dresdner Carolabrücke wohl viele. Nur durch Zufall wurde dort niemand verletzt. Die Arbeiten für die Sanierung des dritten Strangs dieser Brücke waren bereits vergeben und sollten im Oktober beginnen. Ende 2025 sollte die Sanierung der gesamten Brücke, die **2019** begonnen wurde, endlich abgeschlossen sein.



Der Fall zeigt anschaulich, was mit anderen Bauwerken passieren kann, wenn deren Zustand nicht rechtzeitig überprüft wird. So müssen nach Angaben des Hauptverbandes der deutschen Bauindustrie in den nächsten Jahren rund 12.000 Brücken saniert werden.

### Wie sieht es in Bremen aus?

In Bremen geht es um sechs marode Brückenbauwerke. Betroffen sind alle großen Weserquerungen: Stephani-, Bürgermeister-Smidt-, Wilhelm-Kaisen-, Karl-Carstens- und

Weserstrombrücke. Letztere sind auch als Erdbeer- beziehungsweise A1-Brücke bekannt. Hinzu kommt die Lesumbrücke, über die die A27 verläuft. *Einem Bericht für die Bremische Bürgerschaft ist zu entnehmen, dass sich der Großraum Bremen in den Jahren 2025 bis 2029 wohl auf einen Sanierungsmarathon einstellen muss.*

Im Sauerland (NRW) ist eine Autobahnbrücke gesprengt worden, weil sie marode ist. Der Verkehr quält sich jetzt durch Lüdenscheid und quält dort die Menschen. Wer Bahn fährt, wer ins Krankenhaus muss, wer Kinder im Kindergarten oder in der Schule hat, weiß: Die Infrastruktur in diesem Land verrottet seit Jahren, weil das Geld in die Rüstung und zu den Konzernen fließt. Viele Kommunen sind tief verschuldet, auch das ist eine Folge der Politik des Bundes. Die Folge: Sporteinrichtungen, Bibliotheken, Jugendzentren werden geschlossen, ganze Stadtteile sind abgeschrieben.

Dass soll noch schlimmer werden, weil dieses Land kriegstüchtig werden soll. Hochrüstung, Waffenlieferungen und Stationierung neuer Raketen locken aber auch den Krieg in unser Land.

Die Gefahr ist real, dass die Infrastruktur in Zukunft nicht nur zerfällt, weil sie kaputtgespart wird. Die Gefahr eines Krieges in Deutschland wächst.

Der Brückeneinsturz in Dresden mahnt: Auf die Straße gegen Hochrüstung und Kriegstreiberei! ♦

## Der rote Kommentar

Vieles funktioniert nicht mehr in diesem Land. Bahnfahren wird zum Abenteuer, Schulen und Schwimmbäder krachen zusammen, Kolleginnen und Kollegen in den Krankenhäusern und Heimen haben die Schnauze voll, weil es nicht genügend Personal gibt. Die Liste lässt sich fortsetzen. Es ist die Kehrseite der Kriegspolitik. Milliarden in Rüstung und Krieg, immer weniger zum Erhalt von Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Wirtschaftskrieg gegen Russland und China bedeuten Deindustrialisierung, Jobverlust und Inflation in diesem Land.



Davon abzulenken, das ist das Wesen der rassistischen Migrationsdebatte. Es ist natürlich Unsinn, die Folgen von Flucht und Migration romantisch zu verklären. Flucht und Migration verschärft immer die Konkurrenz innerhalb der Arbeiterklasse und das betrifft in der Regel vor allem deren ärmere Teile. Flucht und Migration bringen oft Gewalterfahrungen, Traumatisierungen und Gewalt mit sich. Kulturelle, religiöse und sonstige Konflikte sind häufig.

Wer das alles aber auf „die Ausländer“ projiziert, der vertritt eine zutiefst reaktionäre Politik. Die will vor allem eins, nämlich davon ablenken, dass ihre (Kriegs-)Politik das Land kaputt macht und die soziale Misere verursacht. Sie will davon ablenken, dass Krieg, Umweltkatastrophen und internationale Ausbeutungsverhältnisse die Ursache von Flucht und Migration sind. Und sie will davon ablenken, dass das Kapital dann sogar noch von den Folgen, der Verschärfung der Konkurrenz der Ausgebeuteten, profitiert. Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt drückt auf die Löhne, Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt treibt die Mieten in die Höhe.

Daneben wird das Problem medial und politisch hochgeschrieben. Die Darstellung der Problematik übertrifft die Realität deutlich, die gerade suggeriert, dass zurzeit nur noch Messerstecher unterwegs sind. Im Unterschied zu 2015 haben wir keine Zeltstädte, die Belastung der Infrastruktur ist wesentlich geringer. Allerdings ist das Ausspielen größer, zum Beispiel die Vorzugsbehandlung von Menschen aus der Ukraine. Auch der Rassismus unter den Migrant\*innen selbst nimmt zu. Die Frage der Migration wird von den Medien und den bürgerlichen Parteien unter bewusster Ausnutzung schrecklicher Einzelfälle wie Solingen hochgeschrieben. Dieses Hochschreiben der Migrations- und Fluchtfrage hat aber als Wesen vor allem das Ablenken von der Kriegspolitik und ihren Folgen, dem Kahlschlag im Sozialen, bei der Infrastruktur und bei den demokratischen Rechten. ♦

Immer mehr Jugendliche wohnungslos

## **Für eine Wohnung geh ich meilenweit, doch krieg ich keine weit und breit**

Egal ob in Bremen, Hamburg, Frankfurt oder Berlin, die Politik sitzt die steigende Wohnungsnot in Deutschland weiterhin aus. Das hat auch für Jugendliche Folgen: Immer mehr unter 25-Jährige sind obdachlos, wie eine aktuelle Studie zeigt. Doch die Hilfsangebote sind so spärlich wie repressiv.



Misswirtschaft, Preistreiberei und Sozialabbau ohne Ende: Die Bundesregierung stapelt weiter sozialen Sprengstoff aufeinander. Eines der drängenden Themen, das sie gemeinsam mit Teilen der Opposition aussitzt, ist die wachsende Wohnungsnot. Immer mehr junge Menschen landen auf der Straße, weil sie keine bezahlbare

### **Studium existenzbedrohend**

77 %, über drei Viertel der in Deutschland allein lebenden oder ausschließlich mit anderen Studierenden zusammenwohnenden Studierenden, sind von Armut betroffen. Das teilte das Statistische Bundesamt am Mittwoch mit. Und das trotz des zum kommenden Wintersemester auf 992 € erhöhten BAföG-Höchstsatzes. Zum Vergleich: Das ist etwa 60 % der Armutsschwelle für Einzelhaushalte (1314 €). Die Wohnkostenpauschale soll ebenfalls steigen, um ganze 20 € auf 380 €. Wer in letzter Zeit in einer deutschen Studi-Stadt mal nach WG-Zimmern gesucht hat, kann darüber

Bleibe finden – ein Teufelskreis der Verelendung und ein Motor für Kriminalität

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) und der Deutsche Mieterbund (DMB) hatten erst vor wenigen Tagen den wachsenden Mangel an bezahlbarem Wohnraum und die Untätigkeit der Bundesregierung beklagt. Der Bund müsse umgehend "die Notbremse ziehen". Sie sind bei Weitem nicht die Einzigen, die dies in den letzten Jahren forderten. Etwas geändert hat sich bisher nicht.

Man kann konstatieren: Es fehlen Hunderttausende bezahlbare Wohnungen, Tendenz steigend. Immobilienkonzerne nutzen den Mangel, um Mieter auszuplündern und Rendite zu machen. Zugleich fährt der in den letzten Jahrzehnten massiv gestutzte Sozialstaat seine repressiven Krallen aus. Beides sorgt Hand in Hand für einen Anstieg von Armut und Obdachlosigkeit, die zunehmend auch Jugendliche betrifft. ♦

nur lachen. Denn ein zumutbares Zimmer oder eine Wohnung findet man dafür nicht.

Die Prioritäten der Bundesregierung zeigen sich auch hier deutlich. Für Aufrüstung können mal eben Milliarden hingeblättert werden, dafür wird dann eben bei uns gespart. Wir wollen nicht durch Überbelastung psychische und körperliche Probleme entwickeln! Stattdessen wollen wir kritisch Denken lernen und uns bilden, um unseren späteren Beruf ordentlich ausführen zu können.

### **Deshalb fordert die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ):**

- BAföG für Alle
- 100 Mrd. für Bildung und Soziales statt für Rüstung
- Recht auf bezahlbare und hochwertige Wohnheime für alle Auszubildenden und Studierenden!  
Garantierte Wohnung am Ausbildungs- und Arbeitsort

(Den ganzen Artikel findet ihr unter [www.sdaj.org](http://www.sdaj.org))



## Ausbildungsreport der DGB-Jugend:

### Keine Perspektive für Auszubildende im Kapitalismus

Am 22. August hat die DGB-Jugend ihren alljährlichen Ausbildungsreport vorgestellt. Dabei wird deutlich: Egal ob Ausbildungsplatzmangel, -vergütung oder -qualität, für die deutschen Unternehmen und ihren Staat scheinen Ausbildungen vor allem ein Kostenfaktor zu sein, der möglichst gering gehalten werden soll.



Weniger als jeder 5. Betrieb bildet überhaupt noch aus. Wenig überraschend ist da, dass beinahe 3 Millionen der 20- bis 34-Jährigen keine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Die Gründe dafür liegen im Wesentlichen in den zu leistenden Überstunden, der unklaren Übernahmeperspektive, den ausbildungsfremden Tätigkeiten sowie der mangelnden Betreuung. Das Schwerpunktthema des diesjährigen Ausbildungsreports ist das Thema Betreuung. Hier gaben ca. 20 % der Befragten entweder an, keinen Ausbilder zu haben oder ihn selten bis gar nicht zu

sehen. Mehr als die Hälfte der Auszubildenden bekommt weniger als einmal pro Monat Rückmeldung von ihrem Betreuer.

Wer Mindestausbildungsvergütung bekommt, braucht sich gar keine Hoffnungen zu machen, mit 649 € ein eigenständiges Leben zu führen. Während Azubis also oft für den Betriebsablauf unerlässliche Aufgaben übernehmen und Vollzeit oder ein Drittel von ihnen durch Überstunden noch mehr arbeiten, sind sie vor Armut nicht geschützt. Verschärft wird dieser Umstand durch steigende Mieten und hohe Preise.

Und selbst wenn die Ausbildung erfolgreich abgeschlossen ist, bleibt immer noch die Frage: Was jetzt?! Übernahme im erlernten Beruf? Für viele Azubis Fehlannonce! In Zahlen ausgedrückt bedeutet das, dass über 60 % der Befragten nicht wissen, ob sie am Ende der Ausbildung übernommen werden. Im letzten Ausbildungsjahr haben über 65 % der Azubis keine Zusage für eine Übernahme. Zukunftsplanung ist so nicht möglich.

Wir stellen fest: Die Zustände für die arbeitende und lernende Jugend in diesem Land sind fatal. Auszubildende werden schlecht ausgebildet, dafür schlecht bezahlt, und landen mit hoher Wahrscheinlichkeit hinterher mit einem Berufsabschluss auf der Straße! Das kann nicht sein! ♦ **Organisiert euch - SDAJ**

### Regierung hat Bürgergeld“reform“ beschlossen

Nicht einmal 16.000 Bürgergeldbezieher haben im letzten Jahr eine angebotene Arbeit verweigert. Da ist über deren Ablehnungsgründe noch gar nichts gesagt. 800.000 hingegen sind sogenannte Aufstocker. Das heißt, ihr Lohn ist so gering, dass sie zusätzlich auf die staatliche Stütze

angewiesen sind. Obwohl der permanent angeführte Vorwurf, Bürgergeldbezieher würden Auflagen nicht einhalten, nur auf einen Bruchteil zutrifft, wollen Regierungs- wie Oppositionspolitiker zurück zu härteren Sanktionen, die alle Bezieher treffen sollen. ♦

Impressum

**BREMER RUNDSCHAU**

Herausgeber: DKP Bezirksvorstand Bremen  
V.i.S.d.P. Gerd-Rolf Rosenberger, Bremen

Kontakt: [dkp-bremen@gmx.de](mailto:dkp-bremen@gmx.de)  
<https://bremen.dkp.de/bremen-lokal/>

75 Jahre DDR

## Die DDR hat niemals Krieg geführt

Kein Märchen. Vor 75 Jahren gegründet, bestand östlich der Elbe 40 Jahre lang ein deutscher Friedensstaat, der sich an einer anderen Gesellschaftsordnung versucht hat. Das soll in Abrede gestellt werden. Was von Wissenschaftlern, Politikern und Medienschaffenden der Bundesrepublik eigentlich erwartet wird, ist ein objektives und geschichtlich gerechtes Urteil über die DDR.



Diese Erwartung dürfte bei den Angesprochenen ungehört verhallen, auch wenn oder gerade weil viele Reden und schriftliches Material zur Verfügung steht und zur Kenntnis genommen werden kann. Doch diese Leute scheinen desinteressiert an dem zu sein die Ursachen der Dinge erkennen.

Was waren die Gründe dafür, dass die Deutsche Demokratische Republik vor nun genau 75 Jahren in die Weltgeschichte eintrat? Was waren die Leistungen und auch Verfehlungen des anfangs antifaschistisch-demokratischen, später sozialistischen Staates?

Aus den Erinnerungen Hunderttausender Bürger östlich der Elbe ließe sich etliches benennen, was aber immer noch nicht Teil des öffentlichen Gedächtnisses sein darf. Der einstweilen gescheiterte Versuch, eine andere Eigentumsordnung zu etablieren, eine andere Produktionsweise jenseits von Profit und Ausbeutung, soll in der kapitalistischen Bundesrepublik der Verdammnis anheimfallen.

Und noch etwas steht quer zur Politik des übriggebliebenen deutschen Staates: Die DDR hat niemals Krieg geführt. Sie war der deutsche Friedensstaat. Angesichts einer seit 1949 nicht erlebten Aufrüstung und Kriegsrhetorik in der BRD ist es nötig, an diese unverrückbare Tatsache zu erinnern. ♦

Infos über die DDR gibt es unter: [https://www.unsere-zeit.de/search\\_gcse/?q=DDR#gsc.tab=0&gsc.q=DDR&gsc.page=1](https://www.unsere-zeit.de/search_gcse/?q=DDR#gsc.tab=0&gsc.q=DDR&gsc.page=1)

## Schluß mit den Waffenlieferungen an Israel

Die deutsche Regierung verweigert sich jeglicher Kritik an der israelischen Kriegführung in Gaza und im Libanon wie auch der Forderung nach einem Stopp der Waffenlieferungen an Israel. In den vergangenen Tagen hatten mehrere UN-Spitzenfunktionäre scharf gegen mutmaßliche Kriegsverbrechen der israelischen Streitkräfte Position bezogen. Kanzler Scholz beschränkte sich in einer Ansprache am 06.10.24 darauf, pauschal für „einen Waffenstillstand“ zu plädieren. Während in diesen Tagen des Massakers der Hamas vom 7. Oktober 2023 gedacht wird, bei dem nahezu 1.200 Menschen unmittelbar ermordet wurden, sprengt der Krieg, mit dem Israel auf das Massaker reagiert, längst alle Schranken. So liegt die Zahl der getöteten Zivilisten im Gazastreifen nach einem Kriegsjahr doppelt so hoch wie die Zahl der getöteten Zivilisten in der Ukraine nach 30 Kriegsmonaten. Mehr als 80 Prozent aller Schulen in Gaza und fast alle Krankenhäuser wurden durch Bombardements schwer oder ganz zerstört. Für die deutsche Regierung bleibt Israel deshalb trotzdem wichtigster Militärpartner jenseits der NATO.

40.000 bei Demonstration am 3. Oktober 2024 in Berlin.

## 39.999 für Frieden

An die 40.000 Menschen waren am 3. Oktober in Berlin für den Frieden auf der Straße. Neben Organisationen wie DKP, SDAJ, BSW und DIDF prägten vor allem lokale Friedensinitiativen und angesichts der Eskalation im Nahen Osten Gruppen der Palästina-Solidarität das Bild.



Jutta Kausch von der Berliner Friedenskoordination hielt bei der Abschlusskundgebung am Großen Stern im Tiergarten den Konsens der Veranstalter fest – ein Konsens, der auch von dem Gros der Teilnehmerinnen und Teilnehmer geteilt wurde: „Erstens, **keine Waffenlieferungen** in die Ukraine und nach Israel. Sie beenden nicht das Töten und die Zerstörung in der Ukraine, sie potenzieren es. Sie beenden nicht den Genozid an den Palästinensern, sondern führen diesen brutal fort. Zweitens, **nur Verhandlungen und Diplomatie** können die immer weiter eskalierenden Kriege in der Ukraine und in Nahost stoppen. Drittens – als zentrale Aufgabe für die Friedensbewegung –, **die Verhinderung der geplanten Stationierung der US-Mittelstreckenwaffen** in Deutschland.“

Kausch wies in ihrer Moderation darauf hin, dass die Stationierung der US-Raketen – ohne jegliche Debatte – von SPD-Kanzler Olaf Scholz verkündet worden war. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Ralf Stegner schaffte es, auf der Berliner Kundgebung als einziger Redner in einem Pfeifkonzert unterzugehen, weil er von dem Konsens der Veranstalter nichts wissen wollte. Er verteidigte die Linie der SPD-geführten Bundesregierung, Waffen an die Ukraine – und auch an Israel – zu liefern.

Und ja, es braucht Sozialdemokraten in der Friedensbewegung und Widerstand in der SPD gegen den Kriegskurs der Regierung und der eigenen Partei. Es braucht Mitglieder der SPD, die mit der Kriegslogik brechen und sich gegen die Parteilinie stemmen. Es braucht vor allem das Nein von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern und ihren Führungen gegen die SPD-geführte Bundesregierung und ihren Kriegskurs an der Seite der NATO – Parteibuch hin oder her.

An einigen Orten haben sich Initiativen rund um den Aufruf „Gewerkschaften gegen Krieg und Hochrüstung“ gebildet. ver.di und GEW München riefen zu einer Demonstration in die bayerische Landeshauptstadt auf. Sie stand unter dem Motto: „Ihr kriegt mich nicht kriegstüchtig! Soziales rauf – Rüstung runter.“ Die Verhinderung der US-Raketen ist auch das Ziel des „**Berliner Appells**“, der am Ende der Kundgebung in Berlin vorgestellt wurde - das zusammen ist der Schulterschluss von Arbeiter- und Friedensbewegung.

Mehr als 60 Erstunterzeichner aus der Friedens- und Gewerkschaftsbewegung haben den „Berliner Appell“ unterzeichnet. Unterzeichne auch du!

<https://nie-wieder-krieg.org/>

## Die Pflegeversicherung steht vor der Pleite

Der Pflegeversicherung droht der finanzielle Kollaps: Pflegeheime und -bedürftige würden dann kein Geld mehr bekommen. Um die Pleite abzuwenden, plant die Regierung eine "Notoperation". Für die Beitragszahler dürfte das teuer werden.

Laut einem Bericht des SPD-nahen *Redaktionsnetzwerks Deutschland (RND)*, geht die Bundesregierung davon aus, dass der Pflegeversicherung im Februar 2025 die Pleite droht. Pflegeheime, Pflegedienste sowie Pflegebedürftige und deren Angehörige würden dann kein Geld mehr erhalten.

Die bislang von den Krankenkassen prognostizierte Erhöhung des Beitragssatzes um 0,2 Prozentpunkte reiche nicht aus. In der Bundesregierung gehe man davon aus, dass der Satz um 0,25 bis 0,3 Prozentpunkte steigen muss, um die Pleite abzuwenden. Bereits zum 1. Juli 2023 war der Beitragssatz von 3,05 auf 3,4 Prozent angehoben worden. Kinderlose zahlen derzeit vier Prozent. Diese drastische Erhöhung war offenbar für die Pflegekassen zu niedrig. Laut *RND* rechnen diese in diesem Jahr mit einem Defizit von 1,5 Milliarden Euro.

Für das kommende Jahr wird ein Minus von 3,5 Milliarden Euro erwartet. Reserven gebe es keine mehr. Außer einer Beitragserhöhung und Kürzungen von Leistungen müsse unserer Meinung nach eher ein Zuschuss aus Steuermitteln in Betracht gezogen werden..

Die Ursache für das Defizit der Pflegeversicherung liegt angeblich in der stärker als vorhergesagt wachsender Anzahl der Pflegebedürftigen. Die Gründe für diesen Anstieg seien "bisher nicht endgültig geklärt". Anscheinend lesen die Verantwortlichen ihre eigenen Statistiken nicht.

Zum anderen wird die Begrenzung der Eigenanteile für Heimbewohner deutlich teurer als erwartet, was eine Folge steigender Löhne für das Pflegepersonal sei. Wir sagen: Ein Unding, auch das Heimbewohner eine monatliche Investitionszulage von mehreren hundert Euro zahlen müssen. Es zeigt sich hier deutlich, dass Altersheime eine Gelddruckmaschine für die Eigentümer sind. Uns stellt sich hier die Frage, was der Eigentümer eigentlich zahlt, wenn fast alles über die Renten der Bewohner und Pflege- und Krankenkassen abgerechnet wird. ♦

## Das Thema Altenpflege bleibt im Kapitalismus ...

... ein ungelöstes Problem.

In den vergangenen Tagen wurde ausgiebig über die Entwicklung der Eigenanteile berichtet, die Patienten in Pflegeheimen zu zahlen haben; inzwischen liegt hier der Durchschnittswert bei 2.871 Euro monatlich, was als ungeheurerlicher Betrag skandalisiert wird. Allerdings – die Rahmenwerte legen einen noch weit größeren Skandal nahe.

2.871 Euro, das ist weit mehr, als die meisten Deutschen als Altersruhegeld beziehen.

Der durchschnittliche Rentenbetrag liegt in Deutschland bei (2022) 1.278 Euro bei den Männern und bei 1.072 Euro bei den Frauen. Was bedeutet, dass eine Zuzahlung von 2.871 Euro pro Monat überhaupt nicht zu leisten ist. Im selben Jahr lag der Anteil der Männer, die eine Rente von mehr als 2.400 Euro bezogen, bei drei Prozent, jener der Frauen bei 0,2 Prozent. Das bedeutet, so gut wie alle Bezieher von gesetzlichen Renten wären im Falle einer stationären Pflegebedürftigkeit auf Sozialleistungen angewiesen. ♦

## Der Pflegeimperialismus

Die deutsche Regierung holt mit dem Projekt «Triple Win» aktiv ausgebildete Pflegekräfte aus Bosnien, Serbien, Kenia oder Tunesien nach Deutschland. Auch Albanien und der Kosovo standen im Fokus. Eigentlich widerspricht das gezielte Abwerben von Fachkräften aus Ländern, wo diese knapp sind, dem Verhaltenskodex der Weltgesundheitsorganisation.

Doch der Mangel an Pflegepersonal ist groß und wird im nächsten Jahrzehnt noch grösser. Die Generation der Babyboomer geht in Rente, die Lebenserwartung steigt, in vielen Ländern werden bald massenhaft MedizinerInnen pensioniert.

Deutschland braucht voraussichtlich rund 500 000 zusätzliche Pflegekräfte bis 2035. Doch statt möglichst viele junge Leute auszubilden und die Arbeitsbedingungen zu verbessern, räubert der deutsche Staat rigoros in anderen Ländern und saugt ausgebildete Pflegekräfte auf.

Das Abwandern von qualifizierten Arbeitskräften, wird dann für das entsprechende Land schnell zu einem riesigen Problem. Dort leiden alte Menschen doppelt: Ihre Kinder verlassen sie, und es bleibt niemand, der sie pflegt. Und die zurückgebliebenen Alten müssen sich für eine angeblich *bessere Zukunft* ihrer Kinder damit abfinden.

Länder wie Deutschland nehmen dies skrupellos in Kauf, damit sie ihren Bedarf auf Kosten anderer decken können. Für sie kommt es nicht in Betracht für bessere Arbeitsbedingungen oder einheitliche Flächentarife zu sorgen, die die menschenunwürdigen Schicht- und Arbeitszeiten in den Kliniken beenden.

Nur Beschäftigte, die gut ausgebildet sind, humane Arbeitsbedingungen mit genügend Kolleginnen und Kollegen haben und leistungsgerecht bezahlt werden, können Qualität im Gesundheitswesen gewährleisten.

Dies steht zurzeit in Deutschland nicht auf der Tagesordnung! Stattdessen die weitere Militarisierung des Gesundheitswesens. Die Bundeswehr und somit auch der Sanitätsdienst der Bundeswehr vollziehen seit zwei Jahrzehnten die umfassendste Strukturreform ihrer Geschichte. Dabei spielt auch eine enge Kooperation mit dem zivilen Gesundheitswesen eine wichtige Rolle. Deutschland will in den nächsten fünf Jahren kriegsfähig sein und rechnet im kommenden Krieg gegen Russland mit zehntausenden verwundeten und kranken Soldaten, die versorgt werden müssen.



... im Russland-Einsatz während des II. Weltkriegs

Geld wie im zivilen Gesundheitswesen spielt dabei eine untergeordnete Rolle. Denn das sanitätsdienstliche Einsatzkonzept sieht ein System von leistungsfähigen Sanitätseinrichtungen vor, die mit Luft- und Straßentransportmitteln verknüpft werden.

Als Endpunkt einer funktionierenden Rettungskette wird in Einsatzgebieten grundsätzlich und zusätzlich zu zivilen Kliniken ein Lazarett betrieben. Diese – zugegebenermaßen aufwendige – Vorgehensweise hat sich in den vergangenen Jahren bei Auslandseinsätzen bewährt.

**VERFLUCHT SEI DER KRIEG!**





## Heimatschutz-Übung „Fishtown Guard“

12.09.2024 - Für 7 Tage machte die „Heimatschutzkompanie Bremen“ Bremerhaven unsicher. Sie bewegten sich mit Fahrzeu-

gen, Booten und zu Fuß und probten Krieg. Ob die Reservisten auch schon den Nachkriegsgang (wenn es ihn noch geben sollte) heimlich im Dunklen übten? Zerlumpt, humpelnd, zusammengefallen, apathisch, jeder vor sich hin stierend. Offenbar nur mit sich selbst beschäftigt, stampfend einer hinter dem anderen in Reih und Glied, als ob eine verwirrende und vernebelnde Unterwelt sie ausgespien habe. (Willi Bredel)

## Merz gibt den Kant

*„Liebe Freundinnen und Freunde, ich habe mir die Zahlen mal angeschaut. Auf den deutschen Konten, Sparkonten und laufenden Konten liegen 2,8 Billionen Euro. Stellen Sie sich mal vor, wir wären in der Lage davon nur 10% zu mobilisieren mit einem vernünftigen (???-Red.) Zinssatz für die öffentliche Infrastruktur in Deutschland, für den Ausbau dessen, was wir in der Bildung im öffentlichen Sektor in der gesamten Infrastruktur unseres Landes brauchen. Es fehlt uns nicht an Kapital. Es fehlt uns an den vernünftigen Instrumenten dieses Kapital so mobilisieren, dass es einen vernünftigen Zweck unseres Landes zu Gute kommt“, denn Geld a(n)legen kann auch der Dummste - Immanuel Kant. (Red.)*

Sind wir überrascht? Nein, denn schon im Manifest der Kommunistischen Partei lesen wir: *„Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten so weit beendigt, daß er seinen Arbeitslohn bar ausgezahlt erhält, so fallen die anderen Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher (...)“* und demnächst der neue Verwalter des Kapitals Friedrich Merz in Gestalt des Kanzlers als Räuber des Ersparthen. Auf dem CSU-Parteitag im Oktober `24 fabulierte er, dass er gerne 10 Prozent der 2,8 Billionen Euro des Ersparthen der arbeitenden Leute für die Infrastruktur in Deutschland haben wolle, was 280 Milliarden


## BREMEN HEUTE: VHS Bremen kündigt Veranstaltung mit Tino Eisbrenner

19.09.2024 -Die VHS-Bremen kündigte kurz vor Veranstaltungsbeginn dem Musiker Tino Eisbrenner aus *technischen Gründen* die Aula der VHS Bremen mit keinen weiteren Angaben. Die VHS Bremen ist eine von der Politik bezahlte Institution. Dazu Tino: *„Keine weiteren Fragen Euer Ehren. Kann man allerdings wohl kaum auf sich beruhen lassen“.* <https://www.youtube.com/watch?v=IMMFepnuAUU>

Die *Bremer Rundschau* ruft euch auf bei der VHS Bremen dagegen nachträglich zu protestieren.

Euro ausmachen würde.

Dem Staat fehlt das Geld an allen Enden und Ecken - halt! – nicht an allen Ecken und Enden! Für Steuergeschenke für die Eigentümer, Monopolisten und Reichen ist immer Geld da; auch für Kriege und Aufrüstung. So z.B. über 30 Milliarden für die militärische Infrastruktur inkl. Verkehrswege, dann 53,25 Milliarden Euro für den „Verteidigungsetat 2024“ plus die bis heute gezahlten ca. 17 Milliarden Euro mit denen Deutschland das Seine tut, den Ukrainekrieg am Laufen zu halten. Dazu kommen dann noch die militärischen Gelder die verschleiert in verschiedenen Bundeshalten versteckt sind, plus die laufenden Ausgaben aus dem „100 Milliarden-Sondervermögen der Bundeswehr“. *Man hat uns Kommunisten vorgeworfen, wir wollten das persönlich erworbene, selbsterarbeitete Eigentum abschaffen; das Eigentum, welches die Grundlage aller persönlichen Freiheit, Tätigkeit und Selbständigkeit bilde. Erarbeitetes, erworbenes, selbstverdientes Eigentum! Sprecht ihr von dem kleinbürgerlichen, kleinbäuerlichen Eigentum, welches dem bürgerlichen Eigentum vorherging? Wir brauchen es nicht abzuschaffen, die Entwicklung der Industrie (nebst Banken - Red.) hat es abgeschafft und schafft es täglich ab. (Manifest der Kommunistischen Partei) ♦*



**Sagen, was ist!**

Jetzt 6 Wochen kostenlos testen

Ich möchte gerne:

Die UZ sechs Wochen gratis probelesen (Print & Online).

Print  Online  Print & Online  
Der Bezug endet automatisch

Weitere Informationen über die DKP

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Einsenden an: CommPress Verlag GmbH, Hoffnungstr. 18,45127 Essen / Mail: [abo@unsere-zeit.de](mailto:abo@unsere-zeit.de)

## Lest hier die schlicht zum Himmel schreiende Geschichte seines Einzugs zum Kriegsdienst im ukrainischen Militär.

*"Viermal kam der Vorladebescheid, doch ich fuhr nicht hin. Dann kamen sie persönlich bei mir vorbei und gaben mir wieder den Vorladebescheid, von wegen, ich solle meine Daten aktualisieren. Ich bin also zur Musterungskommission hingefahren – und die haben mich sofort gekrallt. In die Armee eingezogen – mit drei fehlenden Fingern. Ich kann gar nicht schießen."*

Von der aktuellen Politik des ukrainischen Militärs hinsichtlich der Personalaufstellung hält der Gefangene denkbar wenig. Gawroschenko nennt den ukrainischen Präsidenten "eine wandelnde Überdosis". Selenskij und sein Kommando wollten gern Krieg spielen.

*"Allesamt blöde Böcke sind sie, auch die Regierung. Sollen die doch selber hingehen. Den Leuten vom Wehramt platzen die Bäuche und die Nacken aus der Kleidung – aber sie fangen Arbeiterjungs ein."*

Soldaten seiner Einheit nutzten Einkaufsgänge, zu denen sie "in die Stadt" gelassen beziehungsweise



Daumen verkrüppelt, Zeige- und Mittelfinger fehlen – doch dem ukrainischen Militär als Schütze wohl gesund genug: Wladimir Gawroschenko wurde zum Kriegsdienst zwangseingezogen. Standbild aus TASS-Videomaterial. Veröffentlicht am 14.10.2024.

losgeschickt würden, mit Vorliebe zur Fahnenflucht – etwa indem sie sich selbst ins Krankenhaus einlieferten:

*"Die sagen, so einen Krieg und so eine Armee haben wir gefressen." Ihm selbst wurde eine Chance, dem Kriegsdienst zu entfliehen, offensichtlich nicht zuteil. Seinen Mitbürgern rät Gawroschenko konsequent:*

*"Wen sie noch nicht geholt haben: Gebt den Wehramtmitarbeitern auf die Fresse, lauft vor ihnen weg! Geht nicht an die Front. Und wer schon im Dienst ist: Kassiert vielleicht noch euren Sold und haut ab, nach Hause." ♦ TR*

Die Armen, die Empfänger von Bürgergeld sollen 2025 eine Nullrunde bekommen. Der Sozialdemokrat und Minister Heil sagt dazu wörtlich: „Und deshalb ist das, was die Zahlen hergeben und der Rechtsmechanismus so, dass (...) es zum 1. Januar keine Bürgergeldhöhung gibt. Und das ist auch richtig so.“ Wen wundert es, wenn die Menschen sich von solch einer Politik verraten fühlen? ♦